

RU 486 in der französischen Herstellerfirma selbst wie auch beim deutschen Mehrheitsaktionär als durchaus umstritten. Die Hoechst AG ließ verlauten, an eine Markteinführung in der Bundesrepublik sei nicht gedacht, und betonte Pressevertretern gegenüber die Unabhängigkeit des französischen Tochterunternehmens in seiner Produktpolitik.

Die Verwirrung um RU 486 war indes komplett, als wenige Tage nach dem Entschluß von Roussel-Uclaf, das Mittel vom Markt zu nehmen, das Unternehmen vom französischen Staat aufgefordert wurde, diesen Schritt rückgängig zu machen und die Firma dieser Aufforderung umgehend Folge leistete. Gesundheitsminister *Evin* begründete seine Forderung mit dem Verweis auf das französische Patent-

gesetz, nach dem Forschungseinrichtungen verpflichtet seien, ihre Entdeckungen auch zu nutzen, sofern es sich um Belange der allgemeinen Gesundheit handle. Weigere sich das Unternehmen, dies zu tun, könnten ihm die aus dem Patent erwachsenden Rechte aberkannt und dessen Vermarktung anderen Unternehmen übertragen werden. Wenn also schon bei der Entscheidung zum Rückzug *wirtschaftliche Motive* von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein dürften, dann waren sie es beim Entschluß zur Wiedereinführung gleichfalls.

Der bisherige Verlauf der Auseinandersetzung hat gezeigt, daß mit der Einführung von Mifepristone keine qualitative Veränderung der Abtreibungsdebatte zu erwarten ist. Für die Befürworter des Präparates handelt es

sich um eine *Perfektionierung einer Methode* zu einem nicht als illegitim empfundenen Zweck: „Welche Moral, welche Religion gibt einem die Berechtigung, einen Menschen leiden zu lassen, obwohl es eine Methode gibt, die nicht nur eine vergleichbare Effizienz aufweist, sondern obendrein erlaubt, Leiden zu vermeiden?“ (*Josette Dall'Ava-Santucci*, Präsidentin der Vereinigung französischer Ärztinnen, in: *Le Monde*, 29.10.88). Für die kirchlichen Abtreibungskritiker kann dies nur bedeuten, daß die Stoßrichtung weiteren Protestes nicht eigentlich die Einführung dieses neuen Präparates wird sein können, sondern weiterhin die grundlegendere Frage der sittlichen Erlaubtheit bzw. Unerlaubtheit der Abtreibung, wie sie auch immer herbeigeführt wird. *K. N.*

Befürchtungen und Trümpfe

Frankreich vor der europäischen Hürde

Immer stärker schiebt sich in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik die Frage nach den Auswirkungen des bis Ende 1992 angezielten europäischen Binnenmarktes in den Vordergrund. Wie stellen sich die Dinge im Nachbarland Frankreich dar? Mit welchen Chancen und Problemen geht man dort auf die Verwirklichung des Binnenmarktes zu?

Die europäische Endstation 1992, die angestrebte, aber noch keineswegs gesicherte restlose Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes, befindet sich für viele Franzosen, je nach Temperament, im Himmel oder in der Hölle. Die einen erhoffen sich wirtschaftliche Spitzenleistungen, um nicht zu sagen Wunder, die anderen befürchten, daß ihr Land dieser Herausforderung nicht gewachsen ist. Der ehemalige Premierminister *Jacques Chirac* verkündete so seine Überzeugung, daß im Jahr 2000 Frankreich wirtschaftlich in der Gemeinschaft an der Spitze stehen wird. Der Automobilkonzern Peugeot will bereits 1993 zum größten Produzenten des Kontinents werden. Zahlreicher sind die Stimmen, die das Übergewicht der D-Mark befürchten, die französischen Forschungsanstrengungen für ungenügend halten und einen bedenklichen Investitionsrückstand beklagen. Der Präsident des Unternehmerverbandes erklärte die Vorbereitung auf 1992 zur Priorität der Prioritäten. Alle Wirtschaftskräfte sollen mobilisiert werden.

Die Reaktionen der kleinen und größeren Unternehmen sind nach einer Umfrage weit gelassener. 53% sehen im einheitlichen europäischen Markt eher eine Chance. 35% nehmen an, daß sich nichts ändern wird, und 11% halten diese Entwicklung eher für gefährlich. Lediglich 0,5% der Befragten haben keine Meinung. Dies läßt erkennen, daß über das Kapitel Europa recht gründlich nachgedacht wird. Die Hälfte der Unternehmer richtet allerdings ihren Blick noch ziemlich ausschließlich auf den französischen Markt, denn nach der gleichen Meinungsbefragung geht von der nationalen Konkurrenz für sie die größte Bedrohung aus. Rund 30% halten schon jetzt die europäische Konkurrenz für recht scharf, 20 weitere Prozent die amerikanischen und asiatischen.

Ein breiter Konsens in der Europapolitik

Weit stärker als in den meisten anderen Ländern der EG befassen sich jedenfalls in Frankreich sämtliche Verwaltungen, die maßgebenden Wirtschaftskreise, die freien Berufe, zahlreiche Studieninstitute und auch die öffentliche Meinung mit der europäischen Entwicklung der kommenden Jahre. Selbst für den Durchschnittsfranzosen sind Normen, Steuerharmonisierung und Währungsunion zu landläufigen Begriffen geworden, wenn auch die konkreten Einzelheiten seinem Wissen verschlossen blei-

ben. Es befinden sich zahllose Untersuchungen und Berichte in Arbeit. Kein Bereich des öffentlichen Lebens wird ausgenommen. Der Regierung ist es gelungen, geradezu einen Mythos zu schaffen, der alle zur Verbesserung ihrer Leistungen anstachelt und sie auf die Notwendigkeit einer dynamischen Einstellung im Berufsleben hinweist. Die gesamte Wirtschaft soll aufgerüttelt werden. Tatsächlich ist nunmehr für fast alle 1992 zum kategorischen Imperativ geworden. Hiermit verbunden ist ein *breiter Konsens in der Europapolitik*. Von den demagogisch agierenden Kommunisten abgesehen, hält niemand ein Zurückweichen für vorstellbar. Das Experiment soll und muß möglichst erfolgreich zu Ende geführt werden. Natürlich werden sich einige Bremskräfte bemerkbar machen. Das Ausmaß des Souveränitätsverlustes ist einem guten Teil derjenigen, denen er innerlich nahegeht oder widerstrebt, noch nicht genügend bewußt geworden. Protektionistische Strömungen sind weniger zu befürchten als die bürokratische Technokratie, die der Versuchung ausgesetzt ist, ihre bisherigen Machtbefugnisse zu verteidigen.

Die *Regierung* hält es für ihre Pflicht, alle internen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich oder nützlich sind, damit die Wirtschaft einer uneingeschränkt freien Konkurrenz gewachsen ist. Noch wichtiger erscheint es den offiziellen Stellen, sie in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten des großen Marktes auszunützen, d. h. nicht mehr, wie bisher, bevorzugt mit der nationalen Karte zu spielen, sondern mit der europäischen. Deswegen bildete Europaministerin *Edith Cresson* sieben *Studien- und Mobilisierungsgruppen*, die sich mit den Auswirkungen und Zwängen der Verwirklichung des einheitlichen europäischen Marktes in den als besonders empfindlich betrachteten Bereichen befassen sollen: Sozialpolitik, Regionen, Transportwesen, Energie, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie, Umwelt und Wasserwirtschaft, Kommunikation (Ausrüstungen und Programme). Diese Gremien, aus Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Verwaltung zusammengesetzt, haben unter der Leitung unabhängiger Persönlichkeiten verschiedener politischer Tendenzen nicht Berichte auszuarbeiten, sondern der Regierung sowie den Berufsverbänden für die zu lösenden Aufgaben beratend zur Seite zu stehen. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört es, auf die zu erwartenden Schwierigkeiten rechtzeitig hinzuweisen, die notwendig erscheinenden Anpassungen zu empfehlen und gleichzeitig vor europäischen Maßnahmen zu warnen, die zu Lasten wesentlicher französischer Wirtschaftsinteressen gehen könnten.

Übertriebene Befürchtungen

Andererseits haben die offiziellen Stellen erkannt, daß ihr Spiel mit dem Mythos 1992 zur Aufrüttelung der französischen Wirtschaftskräfte nicht gefahrlos ist: Wenn der einheitliche Markt zu einem Schreckgespenst wird, sind mehr oder weniger nationalistische Gegenströmungen zu

befürchten. Die Industrie und die von der Regierung besonders ins Scheinwerferlicht gerückten Klein- und Mittelbetriebe werden durch den angeblich schicksalhaften Termin kaum berührt. Der freie Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft setzt sie schon lange der vollen europäischen Konkurrenz aus. Die Harmonisierung der Normen ist eine Erleichterung für den Export, denn zahlreiche Firmen konnten sich bisher nur schwer den ausländischen Regeln anpassen. Für die Niederlassungsfreiheit des Handwerks und der freien Berufe sind die wichtigsten Etappen schon zurückgelegt. Als Hindernis und Schutz verbleibt die *Sprachschranke*. Die Steuerharmonisierung ist zweifellos eine heikle Angelegenheit, dürfte aber die Konkurrenzverhältnisse nur in beschränktem Maße beeinflussen. Im übrigen sind die notwendigen Kompromisse noch auszuhandeln. Auf dem Spiele stehen ernste Probleme, aber keine Gleichgewichtsfaktoren. Die französischen Erwägungen und Kommentare unterscheiden meistens nicht klar genug zwischen den Auswirkungen der Bildung des einheitlichen Marktes und den strukturellen Schwächen des eigenen Wirtschaftssystems, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen.

Deren Tragweite wird allerdings nicht selten übertrieben. Ein Beispiel liefert der Außenhandel. Seine Fehlbeträge gelten als beängstigend. Sie veranlassen Regierung und Wirtschaftsverbände zu alarmierenden Erklärungen, vielseitigen Initiativen und offenen oder verdeckten Subventionen. Tatsächlich belaufen sie sich aber nur auf 1–2% des Handelsvolumens. Es gibt zudem keine zuverlässigen Zahlen. Der Saldo der Zollstatistik stimmt mit demjenigen der von der Bank von Frankreich aufgestellten Zahlungsbilanz nicht überein. Die ohne Devisen abgewickelten Transaktionen werden im zweiten Falle nicht berücksichtigt. Teilweise gelangen auch die Berufsverbände zu anderen Ergebnissen als die Zollbehörden. Die immer noch übliche Trennung zwischen Waren und Dienstleistungen hat ferner ihre Berechtigung verloren. Der für Frankreich aktive Dienstleistungssektor gewinnt regelmäßig an Gewicht. Frankreich besitzt z. B. für Computerprogramme eine starke internationale Position. Die Zollverwaltung ist kaum noch in der Lage, diesen Bereich statistisch richtig zu erfassen. Auch die ständigen französischen Klagen über den hohen bundesdeutschen Exportüberschuß im bilateralen Warenverkehr sollten relativiert werden. Der französische Dienstleistungssaldo ist stark aktiv. Innerhalb eines einheitlichen Marktes ist es vor allem wenig sinnvoll, einen ausgeglichenen Handel zwischen den einzelnen Partnern anzustreben. Niemand macht sich in Frankreich Gedanken über das Handelsungleichgewicht zwischen verschiedenen französischen Regionen.

Eine lange dirigistische Tradition hat zur Überbewertung der Schwächen und zur Vernachlässigung der Trümpfe geführt. Wenn vom Staat alles erwartet wird, ist es normal, die Schwierigkeiten herauszustellen, damit er Schutzmaßnahmen ergreift oder Subventionen gewährt. Trotz der Befürchtungen der Versicherungsgesellschaft-

ten besitzt Frankreich augenblicklich im *Dienstleistungssektor* einen unverkennbaren Vorsprung gegenüber den meisten seiner Partner. Der Finanzplatz Paris erfüllt heute alle Voraussetzungen, um mit der Londoner City zu wetteifern. Er stützt sich auf ein international stark verzweigtes Bankennetz, das in jüngster Zeit durch eine erstaunlich große Zahl spezialisierter Finanzinstitute ergänzt wurde. Dazu kommen fast alle international bekannten Finanzinstrumente, die Paris gestatten, zu einer der großen Drehscheiben des internationalen Kapitalmarktes zu werden. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in dieser Beziehung deutlich im Rückstand.

Vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung

In die Waagschale fallen vor allem Frankreichs langfristige Chancen. Das amerikanische Hudson-Institut stieß auf ironische Skepsis, als es vor Jahren den Aufstieg Frankreichs zur größten Wirtschaftsmacht des westlichen Europas für 1985 voraussagte. Es war natürlich nicht seriös, einen genauen Termin anzukündigen und damit praktisch die Möglichkeit wirtschaftspolitischer Pannen oder Fehlleistungen auszuschließen. Die Begünstigung der Kaufkraft gegenüber den Investitionen zur Beruhigung der sozialen Wogen nach der Maiexplosion von 1968 warf das Land um mehrere Jahre zurück. Als noch verhängnisvoller erwies sich die Wirtschaftspolitik nach dem ersten Ölschock, weil sie die Last der Energieverteuerung der Industrie auflud und eine recht massive Kaufkraftsteigerung in einer Periode ermöglichte, in der die größten Konkurrenten den entgegengesetzten Weg gingen. Eine weitere Gleichgewichtsstörung verursachte das sozialistische Experiment der Jahre 1981/1982. In der Grundtendenz bleibt jedoch die Analyse des Hudson-Instituts gültig, wobei es ziemlich belanglos ist, ob Frankreich eines Tages den deutschen Partner überflügelt oder etwas hinter dessen globalem Potential zurückbleibt. Ohne Zweifel besitzt es *beachtliche Entfaltungsmöglichkeiten*, die ihm unter vernünftigen wirtschaftspolitischen Bedingungen gestatten, aus dem einheitlichen europäischen Markt größeren Nutzen zu ziehen als der deutsche Nachbar und einige andere Partner.

An erster Stelle steht die Bevölkerungsentwicklung. Nach den als zuverlässig zu betrachtenden Angaben der OECD wird Frankreich im Jahre 2040 56 Mio. Einwohner zählen und damit knapp hinter Großbritannien im westlichen Europa an zweiter Stelle stehen, die Bundesrepublik dagegen nur 45 Mio. und Italien 48 Mio. 1980 zählte die Bundesrepublik noch 61 Mio. Einwohner und Frankreich nicht ganz 56 Mio. In den nächsten 50 Jahren bleibt demnach die französische Bevölkerung stabil, während die deutsche um ein Viertel absinkt.

Im Jahre 2040 dürfte Frankreich ferner 10 Mio. Kinder unter 14 Jahren zählen, 500 000 mehr als 1950 und 2 Mio. weniger als 1980. In der Bundesrepublik werden nicht einmal 7 Mio. Kinder leben, 4 Mio. weniger als 1950 und et-

was über 2 Mio. weniger als 1990. Die Altersgruppe der 15–64jährigen wird in Frankreich mit rund 33 Mio. Personen vertreten sein, in der Bundesrepublik mit rund 26 Mio. Gegenüber einem Höhepunkt im Jahre 2010 erfolgt in Frankreich ein Rückgang von 5 Mio. Personen, gegenüber dem bundesdeutschen Höhepunkt von 1990 ein Rückgang von über 16 Mio. Personen. Die Soziallast wird der OECD zufolge in der Bundesrepublik pro Einwohner im Alter von 15–64 Jahren zwischen 1980 und 2040 um 54% steigen, ebenso wie in Japan bei einer wesentlich geringeren Ausgangsposition. Die Mehrbelastung beträgt in Frankreich 32%, in den USA 31% und in Großbritannien nur 11%.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie sind nicht das Produkt eines Zweckpessimismus, der die westliche Welt kinderfreudiger gestalten soll, sondern Ergebnis zuverlässiger Projektionen, die durch unerwartete Ereignisse nur in geringem Maß beeinflusst werden können. Der Umsiedlerstrom aus dem Osten reicht für einen Tendenzumschwung sicherlich nicht aus. Es ist ferner ein schwacher Trost, daß in fast allen westlichen Ländern die Geburtenquote unter dem für die Erneuerung der Generationen erforderlichen Satz von 2,1 Kinder pro Frau abgesunken ist. Solange dieser Satz, wie z. B. in Frankreich um 1,8 schwankt, verbleibt eine vernünftige Aussicht auf Normalisierung. Jene rückt bei dem bundesdeutschen Satz von rund 1,4 Kindern zwangsläufig in weitere Ferne. Hinzu kommt, daß sich in Frankreich nicht nur die offiziellen Stellen, sondern auch die Individuen der Gefahr des Geburtenrückgangs voll bewußt sind, während er in weiten deutschen Kreisen, bis zur politischen Spitze, weitgehend als normal oder aus verschiedenen taktischen Gründen als Tabu empfunden wird.

Die Erfahrung hat außerdem bewiesen, daß ein mehr als indirekter Zusammenhang zwischen der Kinderzahl und der wirtschaftlichen Dynamik besteht. Nach jüngsten Untersuchungen kann sich die Bundesrepublik infolge des Bevölkerungsentwicklungsdrucks mit einem Wachstum von 1,5% jährlich begnügen, während Frankreich mindestens 3% und wahrscheinlich sogar 4% benötigt, um die Arbeitslosigkeit einigermaßen zu meistern. In einem geeinten Europa darf Frankreich nach durchaus ernsten, wenn auch noch sehr diskreten Erwägungen mit der Lösung seines Erwerbsproblems durch die Abwanderung von Arbeitskräften in die zunehmend aufnahmefähige bundesdeutsche Wirtschaft rechnen. Dies ist keine Zukunftsvision oder -illusion, wenn man bedenkt, daß nach offiziellen Angaben bereits 1988 die Zahl der von der bundesdeutschen Wirtschaft angebotenen Ausbildungsplätze größer war als die der hierfür in Frage kommenden Anwärter.

Aktivposten Infrastruktur

Ein weiterer, stark ins Gewicht fallender französischer Trumpf ist die *Infrastruktur*. Das Land verfügt über viel Raum. Im Gegensatz zu Antwerpen und Rotterdam sind

die Kapazitäten der französischen Häfen noch nicht ausgelastet und außerdem noch ausbaufähig, zumal sie sich auf ein aufnahmefähiges Hinterland stützen können. Normandie und Bretagne stehen erst am Anfang ihrer industriellen Entwicklung. Der Rückstand im Ausbau der Infrastruktur ist zum Vorteil geworden, denn dadurch konnten sehr moderne Anlagen in Dienst gestellt werden, besonders im Hafens- und Verkehrswesen. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft rückt außerdem Frankreich aus der Peripherie ins Zentrum. Die Nord-Süd-Achse von Großbritannien nach Spanien und Italien sowie von der Iberischen Halbinsel nach dem südlichen Deutschland und nach dem Norden Europas laufen über französisches Territorium. Wertvolle Aktivposten sind der Ärmelkanaltunnel mit dem sich daran anschließenden Netz von Hochgeschwindigkeitszügen und der Bau neuer Autobahnen zur Beschleunigung des Verkehrs in Richtung Spanien sowie vom Ärmelkanal nach Süddeutschland und Italien.

Die durch die Dezentralisierung im wirtschaftlichen Bereich handlungsfähiger gewordenen französischen Regionen entwickeln neuerdings eine bemerkenswerte Dynamik. Sie setzen zielbewußt auf die europäische Karte. Der nordfranzösische Raum mit dem Städtedreieck Lille-Roubaix-Tourcoing investiert erhebliche Beträge zur Belebung des Transitverkehrs und zur Ausnützung der Spitzentechnologien. Lille hofft, wieder zu dem großen europäischen Handelszentrum zu werden, das es im Mittelalter gewesen war. Im südfranzösischen Raum von der spanischen bis zur italienischen Grenze entsteht eine „Straße der Hochtechnologien“ mit den Schwerpunkten Montpellier, Marseille und Nizza, spezialisierten Industrieparks, Forschungsinstituten und Universitäten, die sich um eine engere Zusammenarbeit mit den Unternehmen bemühen. Ausgenutzt wird sowohl die Anziehungskraft eines sonnigen Klimas wie der wirtschaftliche Aufstieg des europäischen Südens. Toulouse und Bordeaux erwarten einen Auftrieb von der Verflechtung mit Spanien, während Metz eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen Lothringen, Luxemburg und dem Saarland eingeleitet hat.

Es handelt sich dabei keineswegs um Wunschträume. An der Côte d'Azur leisten bereits die technologisch fortgeschrittenen Industrien einen höheren Beitrag zum Volkseinkommen der Region als der Fremdenverkehr, dessen systematische Förderung der Region Roussillon-Languedoc gestattete, einen Ausgleich für den rückläufigen Weinbau zu schaffen. Die nordfranzösische Region konnte in den letzten Jahren durch verschiedene Initiativen ebenso viele Arbeitsplätze schaffen wie in der Kohle-, Stahl- und Textilindustrie verlorengegangen sind.

Die Landwirtschaft bleibt ihrerseits ein solider Pfeiler der französischen Wirtschaft. Sie befindet sich in der letzten Phase eines teilweise schmerzlichen strukturellen Umstellungsprozesses. Die Konzentration und die Modernisierung der bäuerlichen Betriebe verband sich mit einer hohen Verschuldung, die vorübergehend das Einkommen belastet, aber die Leistungsfähigkeit wesentlich verbes-

serte. Nicht zufällig sind die landwirtschaftlichen Einkommen seit zwei Jahren im Steigen begriffen. Die Bauern verstehen es inzwischen auch, sich besser den Erfordernissen des Marktes anzupassen. Das teilweise noch reformbedürftige Vertriebssystem hat zwar noch nicht alle Chancen des europäischen Marktes ausgenutzt, befindet sich aber auf dem besten Wege dazu. Ein wesentlicher Faktor ist die noch nicht abgeschlossene Expansion der Lebensmittelindustrie zur befriedigenden Aufwertung des landwirtschaftlichen Produktionspotentials: Im Export erfolgt eine schrittweise Verlagerung von Agrarprodukten auf weiterverarbeitete Lebensmittel. Ein Musterbeispiel liefert die Käseproduktion, deren Steigerung in einigen französischen Bezirken zu einer Verknappung der Rohmilch und zu Überpreisen geführt hat.

Die unumgängliche Schrumpfung der landwirtschaftlichen Nutzfläche schafft neue Möglichkeiten für den sogenannten „grünen Tourismus“, der sich vorwiegend an mittlere Einkommensgruppen wendet und außerdem dem Bedürfnis nach mehr Ruhe und Natur Rechnung trägt. Das Netz der Feriendörfer breitet sich aus. Teilweise werden nicht mehr benötigte Bauernhöfe in Familienherbergen mit ausreichendem Komfort verwandelt. Im Vergleich zu anderen europäischen Zonen steckt das Fremdenverkehrswesen im mittelfranzösischen Gebirgsmassiv und in den Pyrenäen noch in den Kinderschuhen. Es mangelt nicht an Plänen für eine kräftige Steigerung der Bettenzahl. An der langen Atlantikküste gibt es ebenfalls noch viele leere Stellen. Mit französischem und ausländischem Kapital entstanden in jüngster Zeit zahlreiche neue Hotelketten. Weitere werden folgen.

Niedrige Energiekosten – Steigerung der Arbeitsproduktivität

Das industrielle Gewebe ist kräftiger und zukunftssträchtiger, als es viele französische Beobachter glauben lassen. Das Land hat nach einer sorgen- und gedankenlosen Euphorie zwischen den beiden Weltkriegen während der letzten Jahrzehnte unter einem entmutigenden industriellen Pessimismus gelitten. Als Wertmaßstab dient vor allem der jeweilige Saldo der Außenhandelsbilanz, während die für die Zukunft maßgebenden positiven Elemente vernachlässigt werden. Man nimmt nur sehr selten zur Kenntnis, daß zwischen 1967 und 1987 die französische Arbeitsproduktivität um 114% gewachsen ist und unter den großen Industriestaaten lediglich Japan mit +150% ein besseres Ergebnis aufweist. Die Bundesrepublik steht an dritter Stelle, gefolgt von Italien, Großbritannien und mit erheblichem Abstand von den USA. Die *Modernisierung der französischen Fabriken* hat erhebliche Fortschritte gemacht. Es erfolgte außerdem eine weitgehende *Multinationalisierung der Großbetriebe*, verbunden mit steigenden ausländischen Investitionen. Aktiv zeigt sich in jüngster Zeit besonders Japan, das in Frankreich infolge seiner Standortvorteile die beste Ausgangsbasis für den europäischen Markt sieht.

Die *niedrigen Energiekosten* fallen immer stärker in die Waagschale. Frankreich ging zweifellos ein nicht unbedenkliches Wagnis ein, indem es Kohle und Erdöl so gut wie restlos durch die Kernenergie ersetzte. Sie deckt fast 80% des Bedarfs. Den Rest stellt die Wasserkraft. Frankreich verfügt aber über die niedrigsten Stromtarife, während sich die Bundesrepublik in der Spitzengruppe befindet. Zu Beginn der neunziger Jahre dürfte es sein jetziges Exportziel von 50 Mrd. kWh jährlich erreichen und anschließend – wie einst mit der Kohle Großbritannien und Deutschland – zu einem großen Energieversorgungszentrum der Europäischen Gemeinschaft werden, sofern ihm schwerwiegende Pannen im Kernenergiesektor erspart bleiben.

Zahlreiche ausländische Firmen begründen ihre industriellen Investitionen in Frankreich nicht zuletzt mit dem *günstigen Sozialklima*. Äußerst selten haben ausländische Niederlassungen unter ernststen sozialen Spannungen zu leiden. Die sehr spektakulären Streiks im öffentlichen Sektor vermitteln ein völlig falsches Bild. Die Betriebsgemeinschaft besitzt ein weit stärkeres Gewicht als die Gewerkschaften, die in zahlreichen Unternehmen überhaupt nicht vertreten sind. Die Japaner verstehen es besonders gut, sie undramatisch zu neutralisieren. Für die um ihre wirtschaftliche Entwicklung besorgten Gemeinden oder Regionen besitzt die Schaffung von Arbeitsplätzen absolute Priorität. Sie sind daher unmittelbar an einem ruhigen Sozialklima interessiert. Die augenblickliche Tendenz, Produktionseinheiten in ländlichen Zonen zu errichten oder sie dorthin zu verlagern, erleichtert fühlbar die sozialen Beziehungen. Begünstigt wird sie in Frankreich durch das überall reichlich verfügbare Gelände auf neuen Industriezonen. Die Arbeitskräfte sind vorhanden und in erster Linie an einer befriedigenden Existenzgrundlage interessiert. Diese kleineren Fabriken ermöglichen zudem eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Entwicklung eines Gemeinschaftsgeistes.

Andererseits sind die *Arbeitsmarktregeln* in den letzten Jahren sehr geschmeidig geworden. Die Gesetze und Verordnungen sind nicht allein maßgebend. Häufig ist der Spruch berechtigt: „Ohne Kläger gibt es keine Richter.“ Abweichungen werden geduldet, wenn die Arbeitnehmer damit einverstanden sind. Die staatlichen Kontrollinstanzen zeigen sich zurückhaltend, sobald sie einer Einheitsfront des Personals und des Unternehmers gegenüberstehen. Ein Beweis für diese Elastizität sind die Öffnungszeiten der Verbrauchermärkte, die gelegentlich auch gegen die Sonntagsruhe verstoßen. Ähnlich liegen die Dinge bei Überstunden, deren Zahl grundsätzlich streng begrenzt ist. Das soziale Fundament bildet daneben eine unverändert solide Gesellschaftsstruktur mit einer breiten Kleinbürgerschicht, die sich sehr bewußt der Proletarisierung und der Vermassung widersetzt hatte, um in irgendeiner Form mit dem Land, mit dem Boden innerlich verwurzelt zu bleiben. Trotz aller Stürme und aller zentrifugalen Kräfte ist nach zahlreichen Meinungsbefragungen selbst für die Jugend die Familie ein erwünschter, notwendiger oder anerkannter Kern geblieben.

Ein weiterer Pluspunkt ist, zumindest im europäischen Vergleich, das *Bildungswesen*. Frankreich ist es zwar keineswegs gelungen, eine befriedigende Lösung für die in Oberschulen und Universitäten eindringenden Massen von Jugendlichen zu finden. Der Hälfte der Studenten gelingt es nicht einmal, ein erstes Universitätsdiplom zu erhalten. Es bereitet auch ernste Sorge, daß ein Viertel der Kinder beim Eintritt in die Mittelschule nicht richtig lesen können und die Rechtschreibung sogar noch beim Abitur Schwächen zeigt. Für Frankreich ist es aber ein wertvoller Vorteil, daß die *Ausbildung der Elite* unter der Krise des Erziehungssystems bisher nicht zu leiden hatte. Ihr Kreis konnte sogar ausgeweitet werden. Neben den technisch, wissenschaftlich oder literarisch orientierten Eliteschulen mit Universitätsrang gibt es jetzt ein recht breites Netz von Handelshochschulen, die ihre Studenten einem strengen Ausleseverfahren unterwerfen. Über das Verwaltungssystem dringen Angehörige dieser Elite in die Politik ein und tragen zur Hebung des Niveaus ihres menschlichen Potentials bei. Der Fähigkeit seiner Elite innerhalb und außerhalb der Politik verdankt Frankreich einen nicht kleinen Teil seines über sein eigentliches Gewicht hinausgehenden internationalen Prestiges.

Zentralismus und Dirigismus als Hemmschuh

Jede Bilanz hat natürlich auch eine Passivseite. Negativ wirken sich einige psychologische Faktoren aus. Allzuoft erhalten in Frankreich taktische innenpolitische Erwägungen mit mehr oder weniger demagogischen Aspekten den Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Erfordernissen. Die europäischen und internationalen Zwänge werden zwar von den Verantwortlichen zunehmend berücksichtigt, aber der innenpolitische Druck führt immer wieder zu bedauerlichen Fehlleistungen. Anstatt die Sonderbelastung durch die Mehrwertsteuer auf Automobile und einige andere Waren, die sich ab 1993 der nationalen Kontrolle entziehen werden, abzubauen, wurde aus angeblich sozialen Gründen für eine Reihe von Konsumgütern und Dienstleistungen die Mehrwertsteuer ab 1981 von 7% auf 5,5% verringert, obwohl dieser Schritt für die europäische Harmonisierung überhaupt nicht erforderlich gewesen war und lediglich eine sozialistische Orientierung beweisen sollte. In die gleiche Richtung läuft die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die eine übertrieben empfindlich reagierende Wirtschaft verunsichert, ohne der Staatskasse viel einzubringen. Erforderlich wäre eine größere Risikobereitschaft der Unternehmer, nicht zuletzt zur Beschleunigung der heute viel zu schleppenden Auswertung der Forschungsergebnisse. Frankreich ist mit Erfindern reichlich gesegnet, aber sein Patentwesen ist noch unterentwickelt, während nicht wenige Innovationen im Ausland schneller ein positives Echo finden als bei den französischen Unternehmen.

Ein Teil der französischen Firmen leidet ferner unter dem Widerspruch zwischen einer international an der Spitze

liegenden Arbeitsproduktivität und einer ungenügenden globalen Leistungsfähigkeit. Die Wurzel des Übels ist eine zu große *organisatorische Schwerfälligkeit*. Es ist nicht erstaunlich, daß ausländische Gruppen mit dem Ergebnis ihrer Niederlassungen in Frankreich äußerst zufrieden sind, weil sie dank ihrer rationellen Organisation aus der hohen Arbeitsproduktivität erheblichen Nutzen ziehen. In einem lange protektionistisch geschützten Markt war es normal, den Produktionskosten für die Rentabilität größere Bedeutung beizumessen als den Vertriebskosten, da die Preisempfindlichkeit der Abnehmer als gering galt. Außerdem betrachtete sich lange die Mehrheit der französischen Unternehmer in erster Linie als Produzenten und nur zusätzlich als Kaufleute. Hierzu kommt die überall fühlbare zentralistische Tradition, die sehr tiefe Wurzeln hat und mit einer modernen Betriebsorganisation schwer vereinbar ist. Der Wille zu einer weitreichenden Dezentralisierung der Verantwortung innerhalb der Unternehmen und auch innerhalb der Verwaltung ist zwar

vorhanden, aber die gegebenen Widerstände, nicht selten bedingt durch persönliche Machtansprüche, lassen sich nicht kurzfristig überwinden.

Nicht weniger stark verwurzelt ist der *Dirigismus*, dessen unmittelbare Folge häufige und nicht selten willkürliche staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge sind. Offiziell hat sich zwar selbst die sozialistische Regierung von ihm losgesagt, die Versuchung staatlicher Interventionen bleibt jedoch in allen Bereichen sehr groß. Selbst die betont liberale Regierung Chirac ist ihr in den Jahren 1986 bis 1988 wiederholt unterlegen. Zentralismus und Dirigismus sind sozusagen siamesische Zwillinge. Für die notwendige individuelle Verantwortungsbereitschaft ist der Machtanspruch der Verwaltungsinstanzen auf allen Etagen ein ständiges Hemmnis, gerade auf dem Weg zum Binnenmarkt. Um in Europa den ihm zustehenden Platz einnehmen zu können, muß sich Frankreich möglichst bald aus dieser doppelten Zwangsjacke befreien.

Alfred Frisch

Arbeitszeitgestaltung: Vorstellungen und Auswirkungen

Fragen an Fritz-Heinz Himmelreich

Bringt Teilzeitarbeit eine Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit? Warum sperren sich Gewerkschaften und auch Arbeitgeber gegen Arbeitsplatzteilung? Wie wirkt sich die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Freizeit auf den Sonntag und die Lebensbedingungen der Familien aus? Und welche Wirkungen gehen von einer veränderten Arbeitszeitgestaltung auf die Einstellung zur Erwerbsarbeit aus. Mit diesen Fragen beschäftigen sich die folgenden Interviews mit dem stellv. Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz-Heinz Himmelreich, und dem Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Irmgard Blättel. Irmgard Blättel ist zugleich Vorsitzende der Bundesvereinigung der deutschen Frauenverbände und Mitglied des ZdK. Fritz-Heinz Himmelreich ist Mitglied der Sozialkammer der EKD. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Dr. Himmelreich, wir haben gegenwärtig kein sehr hohes, aber stetiges Wachstum. Der Arbeitslosen werden aber trotz saisonaler und konjunktureller Besserungen kaum weniger. Dennoch wird Verringerung von Arbeitslosigkeit gerade seitens der Arbeitgeber, sofern beschäftigungspolitische Gesichtspunkte überhaupt angesprochen werden, immer noch vornehmlich von höheren Wachstumsraten erwartet. Gibt das überhaupt noch Sinn?

Himmelreich: Es gibt natürlich Sinn. Die Entwicklung seit 1983 bestätigt es. Wir haben seither etwa eine Million Ar-

beitsplätze zusätzlich gewonnen, viele davon im tertiären Sektor. Der Sachverständigenrat hat in seinem Herbstgutachten gerade diese Entwicklung nochmals nachgezeichnet. Wir haben auf der anderen Seite allerdings die seit Jahren anhaltende Scherenbewegung: Der Zugang aus dem Erwerbstätigenpotential ist immer noch größer als der Abgang in die Arbeit. Zwei Faktoren sind dabei vor allem schlecht kalkulierbar: die Zahl der Aussiedler und die Auflösung der stillen Reserve bei den Frauen. Hingegen ist der Trend bei den Jugendlichen positiv. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich weitgehend entschärft.

HK: Entschärft wohl, aber auch da ist das Problem trotz verlängerter Ausbildungszeiten – Beispiel: steigende Akademikerarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger noch größerer Überfüllung der Universitäten – noch lange nicht gelöst ...

Himmelreich: Soweit es sich um ausgebildete Jugendliche handelt, insbesondere im gewerblichen, aber auch im kaufmännischen Sektor, können wir feststellen, daß junge Arbeitskräfte wieder gesucht und teilweise schon knapp werden. Die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit bei dieser Gruppe ist jedenfalls vergleichsweise kurz. Das ergibt sich aus allen einschlägigen Untersuchungen. Das Problem ist in der Tat anders bei den Hochschulabgängern. Dort zeigt sich jetzt erst der Gipfel der demographischen Wanderdüne; er erzeugt